



Januar 2008

An alle
Mitglieder und Gäste

Information Nr. 01/08

Liebe Angehörigenvertreter/innen,
das neue Jahr hat begonnen und ich möchte zunächst mit den besten Wünschen für ein gesegnetes, gutes Jahr 2008 beginnen. Trotzdem werden uns die alten Probleme und Fragen weiter beschäftigen und bestimmt neue dazu kommen. Hier wieder einige Informationen:

Telefonwerbung

Auch Menschen mit Behinderung werden – sofern sie telefonisch erreichbar sind – von Werbern angerufen und evtl. zu einem Vertragsabschluss überredet. Das muss nicht unbedingt so hingenommen werden. Es können Unterlassungsansprüche geltend gemacht werden; vielleicht ist der abgeschlossene Vertrag sogar nichtig. Da jedoch jeder Einzelfall wieder anders liegen kann, ist es hier nicht möglich darzustellen, welche Reaktion jeweils sinnvoll ist. Empfehlung: Wenden Sie sich an eine Verbraucherzentrale oder an den Bundesverband der Verbraucherzentralen www.vzby.de.

SGB XI - Pflegeversicherung

Und wieder einmal die Pflegeversicherung:

Leider ist auch im Gesetzentwurf der Bundesregierung am Höchstbetrag von 256.00 € pro Monat für Menschen festgehalten worden, die in einer stationären Wohneinrichtung der Behindertenhilfe leben und pflegebedürftig sind (§ 43a SGB XI). In *BeBaktuell* 10/2007 heißt es dazu auf Seite 3: „Über die Hälfte der etwa 150000 Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung, die in Heimen der Behindertenhilfe betreut werden, sind pflegebedürftig und erfüllen die Voraussetzungen zumindest der Pflegestufe I. Gerade dieser Personenkreis sollte bei der Reform der sozialen Pflegeversicherung nicht ausgeschlossen werden, da ansonsten ein verstärkter Druck der Sozialhilfeträger hinsichtlich Umwandlung in Pflegeeinrichtungen oder auch Verlegung von Menschen mit Behinderungen aus Behindertenhilfeeinrichtungen in Pflegeeinrichtungen zu erwarten ist.“ Noch einmal meine Bitte: Teilen Sie uns Ihnen bekannt gewordene Fälle dieser Art mit, damit wir sie weitermelden, darauf aufmerksam machen und uns so wehren können.

Wer Interesse am Gesetzentwurf der Bundesregierung (274 Seiten) und/oder an der vom DW erstellten Synopse (100 Seiten) dazu hat, dem maile ich sie auf Anforderung zu.

Kein Wohngeld mehr für WG-Mitglieder?

In einer Blitzaktion ist kurzfristig von der Koalition ein Regierungsentwurf zur Änderung des Wohngeldrechts aufgesetzt worden, der es Niedrigverdiener/innen erheblich erschwert, in eine Wohngemeinschaft (WG) zu ziehen. So ist geplant, dass künftig bei der Berechnung des Wohngeldes das Einkommen aller Bewohner/innen einer so genannten „Wohn- und Wirtschaftsge-

meinschaft“ heranzuziehen ist. D.h., wenn ein ärmerer Bewohner Wohngeldanspruch für sich hat, so wird zukünftig auch das Einkommen der wohlhabenderen Mitbewohner zur Ermittlung des Anspruchs herangezogen. Dies wird alle Wohngemeinschaften von der Alten- bzw. Behinderten-WG bis zur Berufstätigen-WG treffen. Eine Stellungnahme zu diesem Gesetzentwurf wurde vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge erarbeitet und kann unter dem nachfolgenden Link herunter geladen werden: www.deutscher-verein.de/05empfehlungen/2007/pdf/Stellungnahme_zum_Regierungsentwurf_eines_Gesetzes_zur_Neuregelung_des_Wohngeldrechts_und_zur_Aenderung_anderer_wohnungsrechtlicher_Vorschriften.pdf
(BeBaktuell 11/2007)

Stammzellgesetz: Stichtagsdebatte

Im Jahr 2002 wurde vom Bundestag beschlossen, dass nur mit embryonalen Stammzellen geforscht werden darf, die schon vor dem 1. 1. 2002 existiert haben (Stammzellgesetz). In Deutschland dürfen diese Zellen nicht hergestellt werden. Das war ein Kompromiss, der nun wieder zur Debatte steht. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft behauptet als Begründung für die Forderung, den Stichtag im Gesetz zu streichen, nur mit jüngeren Stammzelllinien sei die deutsche Stammzellforschung international konkurrenzfähig. Das ist nicht so, denn die Forschung mit den ethisch weniger problematischen adulten Stammzellen hat sich inzwischen als deutlich Erfolg versprechender gezeigt. Das Problem, das die embryonalen Stammzellen im Tierversuch Tumore auslösen, ist noch nicht einmal ansatzweise gelöst. Diese Zellen sind also für eine therapeutische Verwendung einfach nicht geeignet. Auch auf diesem Gebiet müssen wir die Augen offen halten. (Siehe auch: Stellungnahme zur Stichtagsdebatte – IMEW)

Taschengeld / Barbetrag

Aus Baden-Württemberg wurden erstmals Fälle bekannt, wo die Zahlung des Taschengeldes bei vollstationär untergebrachten Bewohnern für die Zeit gestrichen wurde, in der sie zu Hause waren. Begründung: Wer zu Hause bei den Eltern ist, benötigt kein Taschengeld. Auch das ist wieder ein völlig unmoralischer und ungesetzlicher Versuch, auf Kosten der Ärmsten zu sparen.

Erbrecht

Es ist immer wieder festzustellen, dass Informationsbedarf in Bezug auf das sehr komplizierte Thema „Erbrecht“ besteht. Ich nenne hier nur einige Stichworte: gesetzliche Erbfolge, Testamentvollstrecker, Vorerbe, Nacherbe, Pflichtteil, Zugriffsrecht des Sozialhilfeträgers usw. Da die persönlichen Verhältnisse immer wieder unterschiedlich sind, kann im Rahmen unserer Informationen keine zureichende Auskunft erteilt werden. Es ist deshalb wohl nicht falsch, zu diesem Thema einmal einen fachkundigen Juristen zu einer der nächsten Mitgliederversammlungen einzuladen.

Zitate

„Die große Chance des Persönlichen Budgets besteht darin, dass die Rollen zwischen Profis und Klientinnen und Klienten neu definiert werden müssen. Denn damit könnte es zu einer Neubestimmung der Stellung von Menschen in der Gesellschaft kommen, die auf soziale Dienstleistungen angewiesen sind. Das wäre der größte Erfolg, den das Persönliche Budget leisten könnte.“

(Prof. Dr. Gudrun Dobslaw auf der Tagung „Der Weg zum Persönlichen Budget, zitiert nach BeB-Informationen Nr. 33, Dez. 2007, S. 13)

„Es lohnt sich, professionell ausgeübte Macht, die durch unflexible Strukturen und nicht reflektierte Prozesse aufrecht erhalten wird, kritisch zu hinterfragen. Ob dafür im Einzelfall das Persönliche Budget das geeignete Instrument ist oder ob man diese Form der Leistungserbringung nicht mit

Hoffnungen überfrachtet, muss man kritisch prüfen. Denn nicht jeder institutionelle Missstand lässt sich über das Persönliche Budget lösen.“

(Matthias Kube auf der selben Tagung, zitiert nach BeB-Informationen Nr. 33, Dez. 2007, S. 12)

In eigener Sache

Zunächst ein Hinweis auf unsere nächsten Mitgliederversammlungen:

- **05./06. April 2008 in Mühlthal bei Darmstadt**
- **25./26. Oktober 2008 in Bad Hersfeld nach der BeB-Versammlung in Fulda**
- **21./22. März 2009**

Die so frühe Festlegung der Termine hat sich als notwendig erwiesen, um noch preiswerte und trotzdem gute Unterkünfte für eine so große Gruppe zu bekommen, die obendrein noch unseren Notwendigkeiten entspricht (Konferenzraum, Nähe zu einer Werkstatt oder/und Wohneinrichtung). Das hat allerdings auch den Vorteil, dass Sie sich schon sehr frühzeitig die Termine notieren und auch frei halten können. Die Einladungen für den 05./06. April 2008 werden in der ersten Hälfte des Monats Februar verschickt. **Ich bitte an dieser Stelle schon dringend darum, dass Sie sich dann kurzfristig anmelden. Sie ersparen den Organisatoren damit eine Menge Zeit und auch Geld für eigentlich nicht notwendige Telefonate und Rückfragen.**

Den Empfängern unserer Informationen, die als Gäste zu uns kommen, gilt ein weiterer Hinweis bezüglich der im vergangenen Jahr beschlossenen Kostenbeiträge. Wir bitten Sie, **bis Ende Februar** um

- **10.00 € als Jahresbeitrag für Sendungen per E-Mail,**
- **20.00 € als Jahresbeitrag für Sendungen, die mit der normalen Briefpost verschickt werden.**

Damit sollen die entstehenden Kosten beglichen werden. Bitte überweisen Sie den Betrag auf das **Konto des BABdW Nr. ~~00 509 15 808~~ bei der Volksbank Main-Taunus, ~~BLZ 500 922 00.~~ Achtung neue Kontonummer!**

Ein herzliches Dankeschön geht an alle, die die Online-Petition mit ihrer Unterschrift unterstützt haben. Sollten Sie von gleichen Problemen an anderer Stelle erfahren, bitte ich um Informationen hierzu.

Als Anlagen erhalten Sie:

- Stellungnahme zur Stichtagsdebatte – IMEW
 - Info des LVEB Nr. 27, Herbst 2007
 - Überleitung von Kindergeld auf den Sozialhilfeträger, DW der Bayer. Landeskirche, 04/07
- Da nicht alle wichtigen Unterlagen mit verschickt werden können, biete ich an, folgende Informationen auf Anforderung per E-Mail zuzusenden:
- Anhörung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Gleichstellungsgesetz v. 24. 4. 07, 67 Seiten
 - Anhörung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Eingliederungshilfe v. 5. 11. 07, 64 S.
 - Gesetzentwurf der Bundesregierung (274 Seiten, 10/2007) und/oder an der vom DW erstellten Synopse (100 Seiten, 11/2007) zum SGB XI
 - Stellungnahme des DW zur Weiterentwicklung des SGB XI (100 Seiten, 05/2007)
 - Synopse Landesheimgesetzentwürfe Bayern / Baden-Württemberg, DW (33 Seiten, 09.01.08)
 - UNO - Übereinkommen über die Rechte behinderter Menschen (25 Seiten)

Ich wünsche allen eine erfolgreiche Arbeit für die Menschen mit Behinderung.

Für den Vorstand des BABdW, K.-H. Wagener, Vorsitzender